

Spezialthema: Inflation und Armut

Die Covid-19 Pandemie hat bereits bestehende Gräben und Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt. So haben gerade junge Menschen, darunter vor allem sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, den negativen ökonomischen Druck der Pandemie noch stärker zu spüren bekommen, wie aus dem [Jahresbericht zur Beschäftigung und sozialen Lage in Europa](#) hervorgeht. Die aktuelle Inflation verschärft die Lage nur noch mehr.

Armutsbekämpfung in Zeiten von Inflation

Bereits Ende Juni meldete die Volkshilfe Wien einen [massiven Spendeneinbruch](#). Auch andere Hilfsorganisationen haben mit der Einschränkung finanzieller Mittel durch Spendeneinbrüche zu kämpfen. Ein Ende des Ukrainekriegs ist derzeit nicht in Sicht, hinzu kommt nun auch die Inflation. Diese Gemengelage hat die Nachfrage nach Sozialdiensten und Hilfsgütern weiter erhöht. Gerade die Preisanstiege für Energie und Lebensmittel können eine existenzbedrohende Wirkung entfalten und das nicht nur für Armutsbetroffene. Hilfsorganisationen melden nun auch mehr Erstkunden aus der unteren Mittelschicht.

Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip für die gesamte Bevölkerung sind hier eher ungeeignet, diese verschärfen die Inflation noch mehr. Gezielte Maßnahmen zur Unterstützung besonders stark Betroffener werden daher gefordert. Es wird etwa die Erhöhung der Grundversorgung für Geflüchtete [diskutiert](#). Für ökonomisch benachteiligte Gruppen [fordern Österreichs Hilfsorganisationen](#) einen zielgerichteten Antiteuerungszuschlag. Auch der inflationsbedingten Abwertung von Familienbeihilfe und Notstandshilfe sollte durch entsprechende Anpassung entgegengewirkt werden, so die [Forderung](#).

Woher kommt die Inflation?

Die [Inflationen](#) von bis zu 8,9% im EU-Durchschnitt und über 9% in Österreich liegen weit über dem festgeschriebenen 2%-Ziel der Europäischen Zentralbank. Unter Ökonom:innen ist bereits eine [heftige Debatte](#) um die Ursachen dieser Werte losgebrochen. Von vielen prominenten Stimmen wird etwa die Rolle der Zentralbanken bzw. die Niedrigzinspolitik dieser primär dafür verantwortlich gemacht. Notenbanken hätten nicht die Geldwertstabilität als vorrangiges Ziel verfolgt, sondern politische Ziele wie die Bekämpfung ökonomischer Ungleichheit und Arbeitslosigkeit. Aus dieser Argumentationslinie folgt dann die Einsicht es müsste mehr Druck auf Löhne ausgeübt werden, etwa durch höhere Arbeitslosigkeit, um die Inflation wieder zu senken. Dagegen spricht erstens, dass in der Pandemie die [Mindestlöhne in Europa real kaum gestiegen](#) sind und viele junge Menschen, die noch nicht am Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten, nach wie vor von den negativen Folgen der Pandemie [wirtschaftlich betroffen](#) sind. Der inflationäre Druck hat sich bereits vor einem Jahr erhöht, vor allem durch die Unterbrechung von Lieferketten im Zuge der chinesischen Lockdowns und den damit verbundenen abrupten Angebotseinschränkungen. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat dann durch Einschränkungen der weltweiten Energie- und Getreidelieferungen den Startschuss für die aktuellen hohen Inflationen gegeben. Das zeigt, dass die zentralen Ursachen der Inflation nicht in

der Zinspolitik liegen. Zinserhöhungen der Notenbanken können die Inflation maximal ein wenig bremsen und die Wechselkurse aufbessern. Ein Ende der Inflation ist damit nicht erreicht.

Der richtige Umgang mit der Inflation

Eine Erhöhung des Drucks auf die Löhne zum Zweck der Inflationssenkung kann sich fatal auf Produktivität und Innovation auswirken. Ein [Vergleich der Arbeitsproduktivität der USA und Deutschland](#) zeigt bis in die frühen 2000er eine große Divergenz. In Deutschland wurde immer weniger, dafür produktiver gearbeitet. Eine Erhöhung des Drucks auf Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit und Marktliberalisierung, wie am Amerikanischen Beispiel gezeigt, verursacht Produktivitätseinbußen. Ein stabiler Arbeitsmarkt dagegen wirkt sich positiv auf Innovationsdiffusion bzw. die Weitergabe von Wissen aus. Arbeitnehmer:innen akkumulieren in ihrer beruflichen Laufbahn wertvolles Fachwissen, das in einer stabilen Karriere auch besser von Unternehmen genutzt und weiterentwickelt werden kann. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel ist dieser Punkt besonders wichtig.

Ein möglicher Hebel liegt in den Preisaufschlägen großer Unternehmen. Eine kürzlich veröffentlichte [Studie](#) identifiziert wachsende Gewinnspannen und die zunehmende Marktmacht von Unternehmen als besonders inflationstreibende Faktoren. Gerade Unternehmen am oberen Ende der Verteilung nach Profitrate treiben die Preisaufschläge weiter nach oben, so die Ergebnisse der Studie. Demnach können sich Lohnerhöhungen als Kostenfaktoren nur marginal auf die Preise auswirken. Behörden hätten genug Spielraum, um die Gewinnspannen großer Unternehmen durch Wettbewerbsfördernde Maßnahmen oder gezielte Gewinnsteuern zu reduzieren, um auch nachhaltig Anreize gegen höhere Preisaufschläge zu setzen. Die Studie untersucht zwar US-amerikanische Unternehmensdaten, mit den entsprechenden Daten könnte auch im Kontext der EU über derartige Maßnahmen nachgedacht werden.

Ein weiterer Punkt betrifft die spezifische Betroffenheit nach sozioökonomischem Status. Die Bevölkerung ist je nach Einkommens- und Vermögensdezilen sehr [unterschiedlich von Inflation betroffen](#), daher sollte auf ungezielte Gießkannenmaßnahmen verzichtet werden. Der renommierte deutsche Ökonom Peter Bofinger schlägt etwa ein staatliches Kreditprogramm für besonders betroffene Haushalte vor. Vorbild sind staatlich garantierte Kredite, die Unternehmen während der Pandemie zu günstigen Konditionen erhalten, um Masseninsolvenzen zu vermeiden. Das könnte auch als [existenzsichernde Maßnahme für Haushalte](#) angedacht werden.

Zuletzt sollte auch verhindert werden, dass öffentliche Dienste Opfer von Austeritätsmaßnahmen im Namen der Inflationsbekämpfung werden. Ein wesentliches Prinzip zeigt der [internationale Vergleich](#): Nur durch einen starken öffentlichen Dienst mit angemessener finanzieller Ausstattung können Gesellschaften widerstandsfähig und inklusiv agieren, um die aufkommenden Krisen zu bewältigen und nicht in eine Abwärtsspirale zu verfallen.

Weitere Themen:

Studie: Vertrauen in Institutionen sinkt kontinuierlich

Die fünfte Runde des „[Living, Working and Covid-19 e-survey](#)“ von Eurofound zeigt massive Zukunftsunsicherheit in der Bevölkerung und zahlreiche soziale Problemfelder in den EU-Mitgliedsstaaten auf. Über alle Mitgliedsstaaten hinweg zeigt sich ein abnehmendes Vertrauen in Institutionen, wie Medien, Polizei, Regierung, EU sowie Gesundheitssysteme. Als wesentlicher Treiber dieser Entwicklung werden die sozialen Medien identifiziert. Auch die Lücke an Pflege- und Gesundheitsdiensten hat zugenommen. Besonders Frauen beklagen einen noch stärkeren Anstieg des Rückstaus an Pflegediensten. In Bezug auf die mentale Gesundheit der Bevölkerung zeigt sich gerade unter Jugendlichen ein niedriger Wert am Index mentaler Gesundheit, unter den Werten von vor der Covid-19 Pandemie. Zuletzt wird auch ein Anstieg in der Betroffenheit von Energiearmut gemeldet.

Österreich erhält Aufforderungsschreiben zur Umsetzung von Barrierefreiheit

Gemäß dem 2019 veröffentlichten europäischen Rechtsakt zu Barrierefreiheitsanforderungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen müssen z.B. öffentliche Verkehrsmittel, Bankdienstleistungen und Online-Geschäfte für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Das betrifft fast 87 Millionen EU-Bürger:innen. Unternehmen, die Produkte und Dienstleistungen anbieten, die unter die Richtlinie fallen, müssen sicherstellen, dass sie bis zum 28. Juni 2025 eine Reihe einheitlicher EU-Barrierefreiheitsanforderungen erfüllen. Da Österreich neben einigen anderen Mitgliedsstaaten die Richtlinie nicht bis Ende Juni 2022 in nationales Recht umgesetzt hat, wurde am 20. Juli ein [Aufforderungsschreiben ausgesendet](#).

Gesundheitsunion: HERA veröffentlicht Liste der drei größten Gesundheitsbedrohungen

Mit dem Ziel der angemessenen Vorbereitung auf Gesundheitskatastrophen, hat [HERA](#), die Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen der EU-Kommission, eine [Liste der drei größten Gesundheitsbedrohungen für die EU](#) veröffentlicht:

1. *Krankheitserreger mit hohem Pandemiepotenzial:* Zur Ermittlung derartiger Bedrohungen gehört auch die Untersuchung besorgniserregender Virusfamilien – unter Berücksichtigung der Zoonose bei den meisten neu auftretenden Infektionskrankheiten. Insbesondere Atemwegs-RNA-Virusfamilien werden hierbei zugeordnet.
2. *Chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen:* Im Zuge globaler geopolitischer Spannungen können CBRN-Stoffe unbeabsichtigt oder beabsichtigt freigesetzt werden. Diese Bedrohungsszenarien wurden durch Berechnung der Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer potenziellen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit ermittelt.
3. *Bedrohungen aufgrund antimikrobieller Resistenzen:* Bereits jetzt verursachen antibakterielle Resistenzen weltweit schätzungsweise über 1,2 Millionen Todesfälle.

Basierend auf dieser Liste ist die HERA im nächsten Schritt damit beauftragt die entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen zu setzen, d.h. die Entwicklung, Herstellung, Beschaffung und europaweite Verteilung medizinischer Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Cybersicherheit im Krankenhaus: EU-Projekt entwickelt neue technische Lösungen

Im Zuge des EU-Projekts [PANACEA](#) wurden Toolkits zum Schutz von IT-Systemen von Pflege- und Gesundheitsorganisationen entwickelt, die das bestehende technisch-administrative Cybersicherheit-Instrumentarium stärken und erweitern sollen. Darunter sind etwa Software-basierte Lösungen, die mögliche Angriffe mit einer dynamischen Risikoevaluation der IT-Systeme schnell erkennt und analysiert. Im Bereich von Datenschutz wurde eine Software-basierte Lösung zum Teilen von klinischen Dokumenten und Bildern erstellt. Ansonsten wurden mit dem Projekt auch bewusstseinsbildende Maßnahmen gefördert und Methoden entwickelt, die Mitarbeiter:innen von unsicherem IT-Verhalten abhalten sollen.

Weitere Informationen unter:

<https://cordis.europa.eu/article/id/436650-safeguarding-our-healthcare-systems-against-cyberattacks/de>

Schutz von Gesundheitsdaten kommt mit Schwierigkeiten

Der Schutz von Gesundheitsdaten ist ein besonders heikler Aspekt digitaler Privatsphäre, verbessert sich allerdings nur wenig. Wie der [Artikel von biometricupdate.com](#) aufzeigt, sind die Entwicklungen in den USA, Europa und China von halbherzigen Maßnahmen und Lücken gekennzeichnet. Auch im kürzlich veröffentlichten Verordnungsvorschlag für einen Europäischen Gesundheitsdatenraum werden viele datenschutzrechtliche Widersprüche beklagt. Andrea Jelinek, die Vorsitzende der Europäischen Datenschutz Behörde, weist in der [Beurteilung des Verordnungsvorschlags](#) auf zahlreiche Widersprüche zwischen Artikeln der Verordnung zum Gesundheitsdatenraum und der Datenschutzgrundverordnung hin. Auch wenn sowohl die USA als auch China in puncto Datenschutz nur über wenig ausgeprägte Rechtsvorschriften zum Schutz von Gesundheitsdaten verfügen, ist auch in der EU diese Rechtslücke nicht zu übersehen.

Neue Verordnung zu Blut, Gewebe und Zelltherapien

Mit Juli 2022 hat die Europäische Kommission den Vorschlag für eine „[Verordnung über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs](#)“ angenommen. Der Vorschlag weitet gegenüber den vorangegangenen Verordnungen die Schutzmaßnahmen auf weitere Personengruppen aus. Weiters zielt die neue Verordnung auf eine Verbesserung der Harmonisierung und grenzüberschreitenden Bereitstellung von Therapien sowie der Resilienz gegenüber Gesundheitskrisen. Dazu sind weitere Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung geplant. Die Verordnung liegt aktuell beim EU-Rat und Parlament. Bis 8. September gibt es noch die Möglichkeit eine Rückmeldung zu geben unter: [Blood, tissues and cells for medical treatments & therapies – revised EU rules \(europa.eu\)](#).